Bündnis für Soziale Gerechtigkeit (BSG)
Einzelvertreter Nobert Voltmer

An den
Bezirksbürgermeister
im Stadtbezirk Linden-Limmer
Herrn Rainer-Jörg Grube
über Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und
Bezirksratsangelegenheiten
OE 10.15.3
Trammplatz 2, Rathaus

DIE LINKE.
Fraktion im Stadtbezirksrat
Linden-Limmer

Fraktionsvorsitzender
Dirk Machentanz

Charlottenstraße 52/54
30449 Hannover

0176 - 470 305 61

dirk.machentanz@gmx.net

Hannover, 07. März 2012

Antrag an den Bezirksrat Linden-Limmer gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Drucks.-Nr. 15-0673/2012 mit 1 Anlage

Resolution: Vom Berufsverbot Betroffene endlich rehabilitieren!

Der Bezirksrat Linden-Limmer möge beschließen:

Der Stadtbezirksrat Linden-Limmer fordert die niedersächsische Landesregierung auf endlich entschiedene Konsequenzen gegen den vor 40 Jahren von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossenen „Radikalenerlass“ zu ziehen und die vom Berufsverbot Betroffenen moralisch, politisch und materiell zu rehabilitieren.

Bis weit in die 1980er-Jahre vergiftete die staatlich betriebene Jagd auf vermeintliche „Radikale“ das politische Klima. Statt Zivilcourage und politisches Engagement zu fördern, wurde Duckmäusertum erzeugt und Einschüchterung praktiziert.

Wegen der Wahrnehmung demokratischer Grundrechte wurden die Betroffenen von behördlichen Stellen drangsaliert und mit dem Entziehen der beruflichen Existenzgrundlage abgestraft. Neben Bespitzelungen und Gesinnungs-“Anhörungen“ mussten sie oftmals jahrelang Gerichtprozesse und auch Arbeitslosigkeit über sich ergehen lassen.

Der Stadtbezirksrat bekräftigt, dass politisch motivierte Berufsverbote, Bespitzelungen und Verdächtigungen keine Instrumente des demokratischen Rechtsstaates sein dürfen. Er fordert von der niedersächsischen Landesregierung, dass dieses unrühmliche Kapitel der deutschen Geschichte abgeschlosssen wird und die Betroffenen vollständig rehabilitiert werden.

Begründung: Die in unserem Stadtbezirk lebenden Lehrer Hans Norden, Rolf Schön (ehem. Bezirksratsherr) und Matthias Wietzer (ehem. Ratsherr) gehören zu den über 200 Betroffenen, die den Aufruf „28. Januar 2012: 40 Jahre Berufsverbot – Betroffene fordern: endlich Aufarbeitung und Rehabilitierung!“ unterzeichnet haben.

Bereits 1984 verurteilte der hannoversche Rat die Berufsverbotspraxis und forderte von der niedersächsischen Landesregierung die sofortige Einstellung der Verfahren und die Rehabilitierung der Betroffenen.